افغانستان آزاد _ آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد مده سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com afgazad@gmail.com

European Languages
Ausgabe vom 06.06.2018

Von Knut Mellenthin 10.06.2018

Very bad deal [Iran]

Das Wiener Abkommen ist unausgewogen. Darunter leidet aber eher der Iran



Der Generaldirektor der Internationale Atomenergiebehörde Yukiya Amano (l.) und der damalige Vizepräsident der Islamischen Republik Iran, Ali Akhbar Salehi, tauschen am 14. Juli 2015 nach der Unterzeichnung des Atomabkommens

Foto: Dean Calma/dpa/dpa-Bildfunk

Donald Trump erklärte schon während des Wahlkampfs 2016, das Wiener Abkommen (JCPOA) zwischen dem Iran einerseits und den USA, Russland, China, Frankreich, Deutschland und Großbritannien andererseits sei das schlechteste Geschäft, das jemals

abgeschlossen wurde. Tatsächlich könnte der Iran mit sehr viel mehr Recht diese Ansicht vertreten. Aber dort feierte man gemäß der staatlich verordneten Mentalität, die als »Optimismus« bezeichnet wird, JCPOA als grandiosen Sieg. Iranische Kritiker des Abkommens wurden als schwarzmalende Hardliner abgetan, die aufgrund der neuen phantastischen wirtschaftlichen Aussichten um ihre Profite auf dem Schwarzmarkt bangten.

In Wirklichkeit ist das Abkommen offensichtlich unausgewogen zu Lasten des Irans: Alle Einschränkungen und Kontrollen des iranischen Atomprogramms gelten unverändert bis mindestens zum Jahre 2030, teilweise noch darüber hinaus. Das Land muss sich hundertprozentig daran halten, wenn es nicht vertragsbrüchig werden will. Die Erfüllung aller übernommenen Verpflichtung ist eindeutig zu verifizieren. Das ist die eine Seite des JCPOA, die konstant bleibt.

Die andere Seite der Vereinbarungen ist hingegen fast bis zur Beliebigkeit variabel. Das sind die den Iranern versprochenen wirtschaftlichen Vorteile. Nicht nur die USA, sondern auch deren Verbündete konnten diese Vorteile schon vor Trumps Ausstiegserklärung einschränken, ohne nach dem Wortlaut des JCPOA vertragsbrüchig zu werden. Mit ihren Unterschriften in Wien hatten sie sich lediglich dazu verpflichtet, auf die Anwendung der sogenannten nuklearbezogenen, also mit dem iranischen Atomprogramm begründeten, Sanktionen zu verzichten. Alle übrigen Strafmaßnahmen – insbesondere wegen »Verletzung der Menschenrechte«, der »destabilisierenden Rolle Irans in der Region« und wegen der Entwicklung von Raketen – konnten in Kraft bleiben. Auch der Anordnung von neuen, schärferen und umfassenderen Sanktionen, mit der schon in der Amtszeit von Barack Obama begonnen wurde, steht JCPOA nicht im Wege.

Wegen der damit verbundenen Unsicherheit blieben die erhofften ausländischen Investitionen in die iranische Energieproduktion fast völlig aus. Westliche Unternehmen, die mit dem Iran Geschäfte machen wollten, benötigten schon vor Trumps Ausstieg praktisch eine Unbedenklichkeitserklärung des US-Finanzministeriums. Teheran steht als einzige Option gegen die ständige Demontage des Wiener Abkommens nur die Drohung mit der Wiederaufnahme der unbeschränkten Anreicherung von Uran zur Verfügung. Praktikabel ist diese Option aber nicht, weil sie mit dem Verdacht einhergeht, der Iran strebe entgegen allen Zusicherungen die Herstellung von Atomwaffen an.